

**Antrag auf Gewährung öffentlicher
Finanzierungshilfen zur Förderung
kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- Investitionsvorhaben -**

Stadt Wilhelmshaven
Fachbereich Wirtschaft und
Regionalmanagement
z. Hd. Frau Becker / Frau Dittrich
Rathausplatz 10 (RATRiUM)
26382 Wilhelmshaven

Nur von der Stadt Wilhelmshaven auszufüllen:

Eingang des Antrags am:

Az.: KMU /

- Antragseingang vor Beginn des Vorhabens
- Mindestangaben (Ziff. 6.2 der Richtlinie) sind enthalten / Vorhaben darf ab dem im Antrag angegebenen Datum förderunschädlich auf eigenes Risiko begonnen werden
- Liste zu vervollständigender Unterlagen/Angaben ausgehändigt bzw. in Antragskopie farbig markiert

**KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven, Richtlinie 2015 – 2020
Antrag für nicht-investive Vorhaben nach Ziffer 2.2 der Richtlinie**

2.2

Neuantrag

Änderungsantrag zum Aktenzeichen:

KMU

Antrag vom _____

I. Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller

A. Allgemeine Informationen zur Antragstellerin / zum Antragsteller

Name des Unternehmens		Ort des Registereintrags	HRB Nummer
Name, Vorname Geschäftsführerin / Geschäftsführer			
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort	
Telefon	Mobiltelefon	E-Mail	
<input type="checkbox"/>	Selbstständigkeit von	bis	<i>(Bitte in der Beschreibung und Begründung erläutern.)</i>
<input type="checkbox"/>	Existenzgründung		
<input type="checkbox"/>	Eine Vollmacht ist beigefügt, da ein abweichender Ansprechpartner beauftragt wurde.		

B. Rechtsform und gesellschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	zuständiges Finanzamt
Gründungsdatum (Tag - Monat - Jahr)	Steuernummer
Hauptsitz des Unternehmens, Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	
Gesellschafter (ggf. gesonderte Auflistung beifügen)	

C. Betriebsstätten in Wilhelmshaven

Befinden sich neben der zu fördernden Betriebsstätte (vgl. II. A.) noch weitere Betriebsstätten der Antragstellerin / des Antragstellers in Wilhelmshaven?

ja

⇒

Straße, Hausnummer

PLZ

⇒

Straße, Hausnummer

PLZ

Weitere Betriebsstätten listen Sie bitte in einer gesonderten Anlage auf.

nein

D. Einstufung der Unternehmensgröße nach der Definition der EU für kleine und mittlere Unternehmen (Diese Angaben beziehen sich auf das Gesamtunternehmen innerhalb und außerhalb von Wilhelmshaven mit allen Betriebsstätten.)

1. Die Betriebsstätte gehört zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist?
2. Das Unternehmen hält Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen?
3. Das Unternehmen erstellt eine konsolidierte Bilanz oder ist im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten?
4. Es bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind?

ja

⇒

Wenn eine oder mehrere Positionen mit ja zu beantworten sind, füllen Sie bitte die **Anlage "Selbsterklärung KMU-Definition"** aus. Fügen Sie bitte bei komplexeren Unternehmensstrukturen ein Organigramm bei.

nein

⇒

Bitte folgende Felder ausfüllen:

a) Anzahl der Beschäftigten im Unternehmen, umgerechnet in Vollzeitarbeitskräfte, ohne Auszubildende: _____

b) Jahresumsatz*: _____ Euro im Jahr _____

c) Jahresbilanzsumme*: _____ Euro im Jahr _____

*) letztes bilanziertes Jahr

E. Wirtschaftszweig des Unternehmens

In welcher Branche ist das Unternehmen überwiegend tätig?

Industrie Handwerk Handel Baugewerbe Verkehrsgewerbe Beherbergungsgewerbe

Dienstleistungen Gastronomie Sonstige:

Welche Produkte oder welche Dienstleistungen bietet das Unternehmen an?

F. Vorsteuerabzug

Ist Ihr Unternehmen zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) berechtigt?

- ja ⇒ Bei den Angaben im Investitionsplan (II.H) und im Finanzierungsplan (II.M) dieses Antrages sind Nettobeträge anzusetzen.
- nein

G. Unternehmen in Schwierigkeiten

Da die KMU-Richtlinie auf der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der EU beruht, sind „Unternehmen in Schwierigkeiten“ im Sinne der AGVO von einer Förderung ausgeschlossen.

Ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ ist ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gekennzeichneten Stammkapitals entspricht. (...) Der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
 ja nein
- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften ist, mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.
 ja nein
- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
 ja nein
- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen, beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
 ja nein

H. Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze (im Fördergebiet)

(Auf Wunsch wird Ihnen eine Berechnungshilfe als Excel-Datei zur Verfügung gestellt!)

a) Zahl der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **bei Antragstellung und Vorhabenbeginn**

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				
Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)				<input type="text"/>

b) Durchschnitt der **vorhandenen** Dauerarbeitsplätze **in den letzten 12 Monaten vor Antragstellung**

	Vollzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente	Teilzeit (Personenzahl)	umgerechnet in Vollzeitäquivalente
Dauerarbeitsplätze				
Ausbildungsplätze				
Summe:				

Gesamtsumme (Vollzeit und Teilzeit, umgerechnet in Vollzeitäquivalente)

Platz für Erläuterungen:

II. Angaben zum Investitionsvorhaben**A. Investitionsort**

_____ Straße, Hausnummer	_____ PLZ, Ort
_____ BA-Betriebsnummer der zu fördernden Betriebsstätte	
Art der Betriebsstätte:	
<input type="checkbox"/> Hauptniederlassung <input type="checkbox"/> Zweigniederlassung <input type="checkbox"/> unselbständige Zweigstelle <input type="checkbox"/> Reisegewerbe	

B. Art des Vorhabens**Nicht-investives Vorhaben nach Ziff. 2.2 der Richtlinie**

Es handelt sich um folgendes, nicht-investives, aber im weiteren Sinne investitionsvorbereitendes Vorhaben:

Internationalisierung

<input type="checkbox"/> Erstmalige Teilnahme an Messen oder Ausstellungen im Ausland	<input type="checkbox"/> Strategicoaching Ausland
<input type="checkbox"/> Erstellung von Werbematerial in anderen Landessprachen	

Innovation / Markterschließung

<input type="checkbox"/> Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen zur Vorbereitung der Markteinführung eines neuen Produktes oder eines bestehenden Produktes auf einem neuen Markt	<input type="checkbox"/> Markteinführung innovativer Produkte und Verfahren sowie die Herstellung von Demonstrationsanlagen und -geräten
<input type="checkbox"/> Erstmalige Teilnahme an Messen oder Ausstellungen im Inland	<input type="checkbox"/> Erstmalige Erstellung oder grundlegende Überarbeitung eines Webauftritts
	<input type="checkbox"/> Durchführung von vorbereitenden Studien (z.B. Marketingkonzepte)

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch externe BeraterInnen

GründerInnenunterstützung in der Vorgründungsphase

Erstmalige Aufstellung von Qualitätsmanagement-Ansätzen

Ressourcenschonung / CO₂-Minderung

Erstmalige Aufstellung von Umweltmanagementsystemen

Förderung von Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung

Konzepte für betriebliches Energie-Management, regenerative Energien und erhebliche Energieeinsparungsinvestitionen

Förderung von Beratungen und Maßnahmen zur Ressourcenschonung und Prozessoptimierung

(Zuschüsse für mehrere Vorhaben sind getrennt voneinander zu beantragen! Die Vorhaben müssen in sich geschlossen und klar voneinander abgegrenzt sein.)

C. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos, in einer **gesonderten Anlage**, die vorgesehenen Investitionen und die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte. Hierbei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

Einen Vorschlag zum Inhalt und zur Gliederung finden Sie in dem Informationsblatt „Beschreibung der geplanten Investition / Maßnahme“.

Bitte beachten Sie auch die Kriterien zur Bewertung der Förderanträge, welche Bestandteile der Förderrichtlinie des KMU-Programms sind, siehe Seite 15/16 der Richtlinie. Insbesondere geht es um die Bereiche Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltige, umweltbezogene Investitionen bzw. Maßnahmen, innovativer Charakter des Vorhabens und strukturpolitische Bedeutung des Vorhabens für die Stadt Wilhelmshaven.

Eine detaillierte Beschreibung und Begründung des Vorhabens ist beigelegt.

oder

Ein Business-/Geschäftsplan ist beigelegt, aus dem diese Informationen hervorgehen.

oder

Kurzbeschreibung und -begründung des Vorhabens:

(Eine **detaillierte** Beschreibung und Begründung des Vorhabens **wird nachgereicht.**)

D. Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vorhabenbeginn:			Vorhabenende:		
_____			_____		
Tag - Monat - Jahr			Tag - Monat - Jahr		
Aufteilung der Investition auf mehrere Jahre (maximaler Durchführungszeitraum 24 Monate):					
_____		_____		_____	
Jahr		Euro		Euro	
_____		_____		_____	
Jahr		Euro		Euro	

Hinweis:

Ein Beratungstermin während der Planungsphase, vor Beginn des Vorhabens, wird dringend empfohlen! Ein schriftlicher Zuwendungsantrag mit den Mindestangaben nach Ziff. 6.2 (Seite 12) der Richtlinie muss zwingend **vor dem Beginn** des Vorhabens bei der Stadt Wilhelmshaven gestellt werden! Die formale Antragstellung auf diesem Antragsformular ist bei formloser fristwahrender Antragstellung zeitnah nachzuholen! Bei Erteilung des möglichen Zuwendungsbescheides darf das Vorhaben noch nicht beendet sein! Die Einplanungsrunde der Förderkommission findet in der Regel einmal monatlich statt.

E. Investitionsplan

Die Summe der Gesamtinvestitionen muss der Summe der Gesamtfinanzierung (II.M) entsprechen.

Die Beträge sind auf **volle 100 Euro** zu runden.

Investitionsvorhaben nach Ziff. 2.1 der Richtlinie

Kostengruppe	Investitionen	Euro
1	Grunderwerbskosten	
2	Bauliche Investitionen	
3	Maschinen und Anlagen	
4	Betriebs- und Geschäftsausstattung	
5	Immaterielle Wirtschaftsgüter	
6	Gebäude	
7	Warenlager (nicht förderfähig)	
8	Werk- und Verbrauchsstoffe (nicht förderfähig)	
Summe der Gesamtinvestitionen		

Jedes Wirtschaftsgut ist einer der oben genannten Kostengruppen zuzuordnen. Eine entsprechend detaillierte **Investitionsgüterliste**

ist als Anlage beigefügt. **wird nachgereicht.**

F. Beantragter KMU-Zuschuss

Ich/wir beantrage(n) die Gewährung eines Zuschusses aus Mitteln der Stadt Wilhelmshaven für ein Investitionsvorhaben nach 2.1 der KMU-Förderrichtlinie der Stadt Wilhelmshaven, Förderperiode 2015-2020, in Höhe von maximal

_____ in Euro

Platz für Berechnungen:

a)	<input type="checkbox"/>	Kleinstunternehmen/Existenzgründer => max. 25 %	=>	_____ €
	<input type="checkbox"/>	kleines Unternehmen => max. 20 %		
	<input type="checkbox"/>	mittleres Unternehmen => max. 15 %		
	<input type="checkbox"/>	sonstiges Unternehmen => max. 10 %		
		der förderfähigen Investitionssumme i. H. v. _____ €		
<u>ODER</u>				
b)	<input type="checkbox"/>	_____ zusätzliche Arbeitsplätze á 5.000 €	=>	_____ €
	<input type="checkbox"/>	_____ gesicherte Arbeitsplätze á 2.500 €		
<u>ODER</u>				
c)	Maximalbetrag		=>	50.000 €
Ergebnis:	Der niedrigste Betrag aus a), b) oder c) ergibt den maximalen Förderbetrag!		=>	_____ €

G. Parallele Förderanträge, Vorförderungen

Für das Investitionsvorhaben wurde ein Antrag auf Gewährung eines Investitionszuschusses aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) bei der NBank gestellt.

nein ja ⇨ _____ Datum _____ Antragsnummer bewilligt abgelehnt

H. Erklärung zu Rückforderungen von Beihilfen

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte öffentliche Zuwendungen nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit aufgehoben und zurückgefordert oder - im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung - vollständig zurückgezahlt wurden.

ja nein

J. Finanzierungsplan

Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen (II.H) entsprechen. Die Beträge sind auf volle 100 Euro zu runden.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	
beantragter Zuschuss (siehe II.J)	
Beihilfefreie Fremdfinanzierung	
Bankkredite	
Leasing	
Mietkauf	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen:	
sonstige (bitte erläutern):	
Öffentliche Finanzierungshilfen (Subventionswertbescheinigung als Anlage beifügen!)	
KfW:	
NBank:	
Sonstige:	
Summe Fremdfinanzierung	
Gesamtfinanzierung	

- Die Finanzierung des Vorhabens ist gesichert.**
 Eine **Finanzierungsbestätigung** (Eine Formulierungshilfe für die Bank oder den Steuerberater finden Sie in dem Informationsblatt „Finanzierungsbestätigung“.)
 und **Darlehensverträge** oder sonstige geeignete Nachweise sind dem Antrag
- beigefügt.** **werden nachgereicht.**

Platz für Erläuterungen zur Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages und andere relevante Informationen: (z. B.: Kredit mit folgenden Möglichkeiten der vorzeitigen Ablösung/Teilablösung zwecks Vorfinanzierung des möglichen Zuschussbetrages, Kredit für laufende Ausgaben, Mietkauf mit/ohne/Höhe der Aktivierung im eigenen Anlagevermögen u. a.)

III. Allgemeine Erklärungen

- Ich/wir erkläre(n), mit den Arbeiten für das Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben grundsätzlich der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstungen oder eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht, zu werten ist. Der früheste dieser Zeitpunkte ist maßgebend.
- Mir/uns ist bekannt, dass der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten, wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien, nicht als Beginn der Arbeiten gelten.

Mir/uns ist bekannt, dass bei der Übernahme einer Betriebsstätte der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte maßgebend ist.

- Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag und den beizufügenden Anlagen anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, wonach Abweichungen von den vorstehenden Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitzuteilen sind.

- Mir/uns ist bekannt, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Einzelbeihilfen gewährt werden dürfen. Eine Bewilligung muss solange unterbleiben, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde.

Ich/wir werde(n) jede zukünftige Abweichung der Angaben unverzüglich der Stadt Wilhelmshaven mitteilen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen der Stadt Wilhelmshaven, anderer staatlicher Stellen oder der Europäischen Kommission.

- Mir/uns ist bekannt, dass die Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.06.2014, Abl. L. 187/1 (AGVO) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013, Abl. L. 352/1 vom 24.12.2013 (De-minimis-VO) über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen Anwendung findet.

- Ich/wir habe(n) das Informationsblatt „Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular“ gelesen und zur Kenntnis genommen.

IV. Datenschutzerklärung

Die Stadt Wilhelmshaven ist zu Verschwiegenheit und zur Einhaltung der Datenschutzbestimmungen gemäß Datenschutzerklärung für Informationspflichten gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) verpflichtet.

- Die **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** gemäß Art. 13 EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) (KMU-Programm der Stadt Wilhelmshaven) habe ich zur Kenntnis genommen, das Widerrufsrecht und daraus resultierende Konsequenzen sind mir bekannt.

- Ich erteile mein Einverständnis zur Verwendung meiner Daten wie in der **Datenschutzerklärung für Informationspflichten** beschrieben.

V. Tariftreueerklärung (gem. Ziff. 4.11 der Richtlinie)

- Ich / Wir verpflichte/n mich/uns, an das beschäftigte Personal mindestens den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

VI. Folgende Unterlagen sind diesem Antrag als Anlage beigefügt:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Beschreibung und Begründung des Vorhabens | <input type="checkbox"/> Handelsregisterauszug |
| <input type="checkbox"/> Vollmacht | <input type="checkbox"/> Organigramm |
| <input type="checkbox"/> Detaillierter Geschäftsplan / Businessplan
(bei Existenzgründer/innen) | <input type="checkbox"/> Aufstellung der Gesellschafter |
| <input type="checkbox"/> Investitionsgüterliste | <input type="checkbox"/> Selbsterklärung KMU-Definition (nur wenn bei
1.5 die Frage mit „Ja“ beantwortet wurde) |
| <input type="checkbox"/> Finanzierungsbestätigung | <input type="checkbox"/> Bescheinigung des Finanzamts über die steuer-
liche Anerkennung der Betriebsaufspaltung |
| <input type="checkbox"/> Darlehensvertrag / -verträge | <input type="checkbox"/> Sonstige zusätzliche Unterlagen: |
| <input type="checkbox"/> Subventionswertbescheinigung | |
| <input type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung | |

Antragsformulare, Informationsblätter, Formulierungs- und Berechnungshilfen finden Sie auf der Website der Stadt Wilhelmshaven.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (Antragsteller / Antragstellerin)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Unterschrift, Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)